



## Der Standard

### Israelische Polizei dringt in IKRK-Büro ein

#### ***Zwei palästinensische Politiker unter Rotkreuz-Schutz verhaftet***

Tel Aviv/Jerusalem - Die israelische Polizei hat am Montag in den Räumen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Ostjerusalem zwei Politiker der palästinensischen Hamas-Organisation festgenommen. Etwa 25 Beamte seien in das Büro eingedrungen und hätten den Abgeordneten Mohammed Toutah und den früheren Minister Khaled Abu Arafeh abgeführt, berichteten Augenzeugen. Beide hatten seit eineinhalb Jahren in den IKRK-Räumen Schutz gefunden.

Israel hatte die beiden Politiker nach der Verschleppung des israelischen Soldaten Gilad Shalit in den Gaza-Streifen im Juni 2006 festgenommen. An der Entführung Shalits, der im vergangenen Oktober gegen 1027 palästinensische Häftlinge ausgetauscht wurde, war auch der bewaffnete Arm der Hamas beteiligt. Israel hatte Toutah und Arafeh später wieder freigelassen, ihnen aber die Aufenthaltsberechtigung für Ostjerusalem entzogen. Ihrer geplanten Abschiebung hatten sie sich durch die Flucht zum IKRK entzogen. Nun sollten sie doch aus Ostjerusalem abgeschoben werden, soweit keine strafrechtlichen Vorwürfe gegen sie vorliegen sollten, teilte die Polizei mit.

Am vergangenen Donnerstag war der palästinensische Parlamentspräsident Aziz Dweik, ein Mitglied der Hamas, an einem Kontrollpunkt des Militärs im Westjordanland in Gewahrsam genommen worden. Gegen ihn bestehe der "Verdacht auf Verwicklung in die Aktivitäten einer terroristischen Gruppe". Von den 74 Hamas-Abgeordneten in dem 2006 gewählten, 132 Mitglieder zählenden Parlament hält Israel derzeit 24 gefangen. Zwei Abgeordnete der Fatah von Präsident Mahmoud Abbas und einer der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) sitzen nach palästinensischen Angaben ebenfalls in israelischen Gefängnissen. (APA)



## Der Standard

### EU "besorgt" über Siedlungsbau

#### ***Bekanntnis zu "Legitimität des Staates Israel und Recht der Palästinenser auf Staatlichkeit"***

Brüssel - Die Europäische Union sieht die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten als ernste Gefahr für die von der internationalen Gemeinschaft angestrebte Zwei-Staaten-Lösung. Im vergangenen Jahr habe es "beunruhigende Entwicklungen" gegeben, "besonders hinsichtlich der Siedlungen", heißt es in einer Erklärung der EU-Außenminister vom Montag in Brüssel. Zuletzt hatte das israelische Wohnungsbauministerium die Ausschreibungen für den Bau von 1028 Wohneinheiten auf palästinensischem Gebiet veröffentlicht. Damit setzte sich die israelische Regierung über alle Warnungen des Nahost-Quartetts aus USA, UNO, EU und Russland hinweg. Die Vierte Genfer Konvention verbietet generell den Transfer der Bevölkerung der Besatzungsmacht auf besetztes Gebiet.

Auch die deutsche Regierung hatte Israel eindringlich aufgefordert, den weiteren Ausbau von völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen in Ostjerusalem und dem Westjordanland zu stoppen. Die Ankündigungen des Baus neuer Siedler-Wohnungen in den besetzten Gebieten seien eine "verheerenden Botschaft" für den Friedensprozess.

"Die Legitimität des Staates Israels und des Rechts der Palästinenser auf Staatlichkeit darf niemals infrage gestellt werden", heißt es in der Erklärung der EU-Außenminister. Zudem müsse die Lebensfähigkeit der Zwei-Staaten-Lösung erhalten bleiben. Die Minister begrüßten die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern in Jordanien. Beide Seiten müssten nun "umfassende Vorschläge bezüglich der Grenzen und der Sicherheit machen".  
(APA)



## **Südostschweiz**

### **EU besorgt über israelische Siedlungen**

Die EU sieht die israelischen Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten als ernste Gefahr für die von der internationalen Gemeinschaft angestrebte Zwei-Staaten-Lösung.

Brüssel. – Im vergangenen Jahr habe es «beunruhigende Entwicklungen» gegeben, «besonders hinsichtlich der Siedlungen», heisst es in einer Erklärung der EU-Aussenminister vom Montag in Brüssel.

«Die Legitimität des Staates Israels und des Rechts der Palästinenser auf Staatlichkeit darf niemals infrage gestellt werden», heisst es in der Erklärung. Zudem müsse die Lebensfähigkeit der Zwei-Staaten-Lösung erhalten bleiben.

Die EU-Minister begrüsst die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern in Jordanien. Beide Seiten müssten nun «umfassende Vorschläge bezüglich der Grenzen und der Sicherheit machen». Am Dienstag reist die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton in die Region, um zwischen beiden Parteien zu vermitteln.

Auf Seiten der Palästinenser sinkt aber die Bereitschaft, sich mit den Israeli an einen Tisch zu setzen. Die Palästinenser seien ohne einen Siedlungsstopp Israels nicht zu weiteren Gesprächen bereit, sagte ein Palästinenser-Vertreter der Nachrichtenagentur AFP am Montag.

Sofern Israel nicht seine Siedlungspolitik in den gesamten Palästinensergebieten inklusive Ost-Jerusalem stoppe, würden die Gespräche zum vereinbarten Datum am 26. Januar enden, sagte er. Demnach wurde bislang kein Datum für weitere Treffen vereinbart.

Ende Oktober hatte das Nahostquartett aus EU, USA, UNO und Russland Israel und die Palästinenser aufgefordert, binnen drei Monaten Vorschläge für eine Lösung des Konflikts zu machen. Die Frist verstreicht am 26. Januar.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu argumentierte indes, die Frist gelte seit dem ersten Treffen zwischen beiden Seiten am 3. Januar und folglich bis zum 3. April.

Die direkten Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern liegen seit September 2010 auf Eis. Allerdings fanden seit Jahresbeginn vier Treffen palästinensischer und israelischer Unterhändler in Jordanien statt, bei denen es um eine mögliche Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche ging. Sie blieben jedoch ohne greifbare Ergebnisse. (sda)



**ORF**

### **Israelische Luftangriffe im Gazastreifen**

Israelische Kampfflugzeuge haben in der Nacht auf heute mehrere Ziele im Gazastreifen angegriffen. Die Luftschläge folgten auf Angriffe militanter Palästinenser mit sechs Raketen und Mörsergranaten auf Israel im Verlauf der vergangenen Woche.

Ein israelischer Armeesprecher teilte in Tel Aviv mit, es seien im Gazastreifen eine Waffenfabrik sowie drei Schmugglertunnel beschossen worden. Es gab zunächst keine Berichte zu möglichen Opfern.



AFP

### Palästinenser: Siedlungsstopp für neue Israel-Gespräche

Ramallah — Die Palästinenser sind nach eigenen Angaben ohne einen Siedlungsstopp Israels nicht zu weiteren Gesprächen bereit. Sofern Israel nicht seine Siedlungspolitik in den gesamten Palästinensergebieten inklusive Ost-Jerusalem stoppe, würden die Gespräche zum vereinbarten Datum am 26. Januar enden, sagte ein Palästinenser-Vertreter der Nachrichtenagentur AFP. Demnach wurde bislang kein Datum für weitere Treffen vereinbart. Am Dienstag reist die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in die Region, um zwischen beiden Parteien zu vermitteln.

Ende Oktober hatte das Nahostquartett aus EU, USA, UNO und Russland Israel und die Palästinenser aufgefordert, binnen drei Monaten Vorschläge für eine Lösung des Konflikts zu machen. Die Frist verstreicht am 26. Januar. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu argumentierte indes, die Frist gelte seit dem ersten Treffen zwischen beiden Seiten am 3. Januar und folglich bis zum 3. April.

Die direkten Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern liegen seit September 2010 auf Eis. Allerdings fanden seit Jahresbeginn vier Treffen palästinensischer und israelischer Unterhändler in Jordanien statt, bei denen es um eine mögliche Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche ging. Sie blieben jedoch ohne greifbare Ergebnisse.